

## Deutscher Evangelischer Kirchentag in Stuttgart 1999

### Resolution der HuK auf dem Markt der Möglichkeiten

#### Kirchentag Stuttgart 1999

##### FORDERUNG NACH RECHTLICHER ANERKENNUNG VON SCHWULEN UND LESBISCHEN LEBENSFORMEN

Nicht "besseres", sondern gleiches Recht  
fordern wir

An die Bundesregierung und die Mitgliedskirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) richten wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner, die Forderung nach rechtlicher Anerkennung und Gleichberechtigung schwuler und lesbischer Lebensformen im staatlichen und kirchlichem Bereich.

Schwulen Männern und lesbischen Frauen bietet die Bundesrepublik Deutschland bislang keinen gesetzlichen Rahmen zur Regelung ihrer Rechtsverhältnisse an. Das Fehlen einer rechtlichen Anerkennung ihrer Lebensform erschwert die Lebensgestaltung und -führung; es begünstigt und fördert Ausgrenzung und Benachteiligung.

Die "Ökumenische Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche (HuK) e.V." hält fest daran, daß niemand wegen seiner sexu-

ellen Orientierung diskriminiert werden darf. Daher fordern wir:

##### - Gesetz für gleiches Recht

Wir erinnern die Bundesregierung an ihr Wahlversprechen, die rechtliche Benachteiligung von Schwulen und Lesben aufzuheben und die Gleichberechtigung aller Lebensformen zu regeln.

Wir rufen die Bundesministerin der Justiz dazu auf, das in Aussicht gestellte Gesetz zur rechtlichen und finanziellen Gleichstellung schwuler und lesbischer Lebensgemeinschaften mit der Ehe zügig vorzubereiten und dem Bundestag zur

Verabschiedung vorzulegen.

- Kirche als "Gemeinschaft der Verschiedenen"

Die Mitgliedskirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) rufen wir erneut dazu auf, den jahrelangen Erklärungen einer "vorbehaltlosen Annahme" schwuler und lesbischer Mitmenschen durch kirchenrechtliche und liturgische Konsequenzen endlich Taten folgen zu lassen.

Antragsteller: Dr. Ben Khumalo, Mitglied im Bundesvorstand; Ökumenische Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche e.V.

● Diese Resolution wurde am HuK-Stand auf dem Markt der Möglichkeiten von 1500 Kirchentagsbesucherinnen unterschrieben.

#### PROF. DR. HERTA DÄUBLER- GMELIN MdB

BUNDESMINISTERIN DER JUSTIZ  
5. August 1999

An das  
Mitglied im Bundesvorstand der Ökumenischen Arbeitsgruppe Homosexuelle und Kirche e. V.  
Herrn Dr. Ben Khumalo

Sehr geehrter Herr Dr. Khumalo,

herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 24. Juni 1999 und die Unterschriftenlisten zur rechtlichen Gleichbehandlung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften. Sie bitten, das Gesetz zur Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften zügig vorzubereiten und das Gesetzgebungsverfahren einzuleiten.

Wie ist nun der Stand der Überlegungen?

Ausgehend von den Vorgaben in der Koalitionsvereinbarung werde ich ein Gesetz gegen Diskriminierung und zur Förderung der Gleichbehandlung auf den Weg bringen. Dieses Gesetz soll insbesondere auch die Empfehlungen des Europäischen Parlaments zur Gleichberechtigung von Menschen mit gleichgeschlechtlicher Orientierung berücksichtigen.

Ein wichtiger und zentraler Bestandteil der Gesetzesvorhaben zur Antidiskriminierung ist die Schaffung des Rechtsinstituts der eingetragenen Lebenspartnerschaft. Gleichgeschlechtliche Partner, die dauerhaft zusammenleben wollen, sollen sich in Zukunft mit Rechten und Pflichten als Lebenspartner eintragen lassen können. Durch das eigenständige Rechtsinstitut wird der gewählten Lebensform einerseits Schutz und Rechtssicherheit verbürgt. Zum anderen sollen auch die Pflichten verdeutlicht werden, die aus der Verant-

wortung der Partner füreinander folgen.

Ich lasse zur Zeit eingehend prüfen, wie die entsprechenden Vorschriften im einzelnen auszugestaltet sind. Besonders wichtig ist mir, ein umfassendes Meinungsbild zu erhalten, bevor ich einen Gesetzentwurf vorlege. Dazu bin ich, wie Sie sicherlich wissen, in einen regen, vertrauensvollen Meinungsaustausch mit Vertreterinnen und Vertretern von Organisationen der Betroffenen getreten. Dieser Austausch soll am 6. September 1999 mit einem weiteren Gespräch fortgesetzt werden. Dazu habe ich auch einen Vertreter Ihrer Arbeitsgruppe eingeladen.

Lassen Sie mich Ihnen versichern, daß mir die Beseitigung der Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren ein wichtiges Anliegen ist und ich mich dafür besonders einsetzen werde.

Mit freundlichen Grüßen

H. Däubler-Gmelin